

23. November 1998

KR-Nr. 440/1998

POSTULAT von Chantal Galladé (SP, Winterthur), Heidi Müller (Grüne, Schlieren) und Benedikt Gschwind (LdU, Zürich)

betreffend Werbeoffensive für die Berufsmaturität

Der Regierungsrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit dem Bund ein Projekt für eine Werbeoffensive zu lancieren, um die Berufsmaturität besser im Bewusstsein der Öffentlichkeit, bei den Lehrfirmen sowie den Berufs- und Wirtschaftsverbänden zu verankern.

Chantal Galladé
Heidi Müller
Benedikt Gschwind

Begründung:

Die 1994 eingeführte Berufsmatura (BM) hat in wenigen Jahren zweifellos einen gewaltigen Innovationsschub ausgelöst. Gleichzeitig ist die Einführung eines neuen Bildungszweiges auch mit Schwierigkeiten konzeptioneller Art verbunden, die laufend in einer rollenden Planung, zum Beispiel die neue eidgenössische Verordnung über die Berufsmaturität, gelöst werden müssen.

Ein weit gravierenderes Problem bildet die Tatsache, dass die Berufsmaturität in weiten Teilen der Öffentlichkeit noch nicht als Alternative zur gymnasialen Maturität wahrgenommen wird. Das ist umso fataler, als die Berufsmaturität den Hauptzugang für die im Aufbau begriffenen Fachhochschulen bilden soll. Auch in der Wirtschaft und den Berufsverbänden wird der Berufsmaturität noch nicht der nötige Stellenwert zugebilligt. Dies hat eine Evaluation der Hochschule St. Gallen über die Bedeutung der technischen und kaufmännischen Berufsmaturität gezeigt. Die typische Einschätzung eines Berufsverbandes lautet folgendermassen: "Die Berufsmaturität ist eine schulische Angelegenheit, zu deren Erfolg die Berufsverbände nur wenig beitragen können."

Heute absolvieren noch weit weniger als 10 % der Jugendlichen eine Ausbildung zur Berufsmaturität, verglichen mit 20 % der Jugendlichen an Gymnasien. Damit der Anteil der Berufsmaturandinnen und -maturanden ausgeweitet werden kann, bedarf es nicht zuletzt einer Informationskampagne, in welche die Oberstufe der Volksschule, die Berufsberatung, die Medien, die Lehrfirmen sowie die Berufsverbände und Wirtschaftsverbände (Arbeitgeber/Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) einbezogen werden sollen. In diesem Projekt soll der Kanton die Federführung übernehmen und in enger Zusammenarbeit mit den oben genannten Institutionen und dem Bund eine auf mehrere Jahre angelegte Werbekampagne führen, bis die neue Ausbildungsmöglichkeit der Berufsmatura sich im Bewusstsein der Öffentlichkeit etabliert hat.

Wieder aufgenommenener Vorstoss infolge Austritt der erstunzeichneten Person aus dem Rat.
Ursprüngliche Einreicher: Dr. Ueli Mägli (SP, Zürich), Heidi Müller (Grüne, Schlieren) und Benedikt Gschwind (LdU, Zürich)